

Wahlprüfsteine-Check von TERRE DES FEMMES zur Bundestagswahl 2017

Für ein gewaltfreies Leben für Mädchen und Frauen



Übergreifende Forderungen

	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP
a) Aktionsplan zu Gewalt an Frauen	- k. A.	- Ja: 3. Aktionsplan	- Ja: neues Gesamtkonzept mit konkreten Maßnahmen und finanz. Ressourcen	- AP wird diskutiert	- k.A.
b) andere Lösungen				- Ausbau von Hilfs- und Beratungsangeboten	- Verstärkung von Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen
a) Rechtsanspruch auf Hilfe	- Nein: Aufgabe der Länder, nicht des Bundes	- Ja: individueller Rechtsanspruch, auch für geflüchtete Frauen	- Ja: diskriminierungsfreier Rechtsanspruch ohne Nachweispflicht	- k.A.	- Nein: Aufgabe der Länder und Kommunen, nicht des Bundes
b) andere/weitere Lösungen		- Ausbau des Hilfesystems	- dauerhafte und verbindliche Finanzierung des Hilfesystems - Hilfesystem muss allen Gewaltbetroffenen zur Verfügung stehen	- Bund muss bei der Finanzierung des Hilfesystems in die Pflicht genommen werden - Finanzierung muss verbessert werden	- Präventionsförderung
Reform Opferentschädigungsgesetz (OEG)	- Ja: Aufnahme von psychischer Gewalt im neuen OEG - unbürokratischer Zugang zu Sofortmaßnahmen und prof. Begleitung	- Ja: Aufnahme von psychischer Gewalt im neuen OEG - unbürokratischer Zugang zu Sofortmaßnahmen wie Traumatherapie	- Ja: Reform des OEG, damit auch Stalking-Opfer und psychische Gewalt aufgenommen werden	- Ja: Reform des OEG, damit auch Stalking berücksichtigt wird	- Vage: maßvolle Erweiterung des Gesetzes, evt. auch um psychische Gewalt
Regelmäßige Datenerhebung und Evaluierung von Hilfsangeboten	- Vage: Verbesserung der Datengrundlage für die Erfassung geschlechtsspezifischer Gewalt - Evaluierung von Hilfsangeboten	- Ja: langfristiges Monitoring wird angestrebt	- Ja: regelmäßige Studien zu Gewalt an Frauen - Evaluation von Gewaltschutzmaßnahmen mit der Zivilgesellschaft	- Ja: halten regelmäßige Datenerhebung für „sinnvoll“ - regelmäßige Überprüfung von Hilfsangeboten	- Ja: bessere Datengrundlage und Evaluation von Hilfsangeboten

Wahlprüfsteine-Check von TERRE DES FEMMES zur Bundestagswahl 2017

Für ein gewaltfreies Leben für Mädchen und Frauen



Umsetzung der Istanbul-Konvention ohne Vorbehalte inkl. Abschaffung bzw. Reduzierung der Ehebestandszeit	- Nein, keine Änderung der Ehebestandszeit	- Prüfung, ob Aufenthaltsrecht bzw. Asylrecht verbessert werden muss, wenn Gewalt vorliegt	- Ja: Istanbul-Konvention muss ohne Vorbehalte umgesetzt werden - ein vom Ehemann unabhängiges Aufenthaltsrecht für Migrantinnen	- Ja: Istanbul-Konvention muss ohne Vorbehalte umgesetzt werden - eigenständiges Aufenthaltsrecht für gewaltbetroffene Ehefrauen	- Prüfung, ob Ehebestandszeit reduziert werden könnte
Vollverschleierungsverbot in der Öffentlichkeit	- Ja: Verbot der Vollverschleierung soweit rechtlich möglich	- Nein	- Nein: Schränkt Frauen in ihrer Selbstbestimmung und Bewegungsfreiheit ein. Bei Zwang wird Zugang zu Hilfe schwieriger	- Nein: Ablehnung von Vollverschleierung, aber Verbot wäre gegen die Religionsfreiheit	- Nein: Für Religionsfreiheit
Verbot des „Kinderkopftuchs“ in öffentl. Institutionen	- k.A.	- Nein	- Nein: Sowohl Verbot als auch Zwang dazu sind Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeit	- Nein: Gegen Bekleidungs Vorschriften, sehen aber Kopftuch bei Mädchen kritisch	- Prüfung, ob das Kopftuch für Religionsunmündige untersagt werden kann

Kommentar von TDF: Die Linken bieten bei allen übergreifenden Forderungen von uns die besten Lösungen an, um einen besseren Schutz und eine bessere Unterstützung von gewaltbetroffenen Frauen und Mädchen zu gewährleisten. Sowohl die Linken als auch die SPD positionieren sich deutlich für einen individuellen Rechtsanspruch bei Gewalt und für einen neuen Aktionsplan gegen Gewalt. Die Grünen bleiben in ihren Aussagen vage, unterstützen aber unsere Forderungen tendenziell. Die CDU und die FDP enttäuschen in ihren Aussagen, da sie keine neuen Vorschläge anbieten und am bestehenden Hilfesystem nichts ändern wollen. Nahezu einig sind sich alle Parteien bei der Reform des Opferentschädigungsgesetzes und der Einführung einer regelmäßigen Datenerhebung zu Gewalt an Mädchen und Frauen.

Die Forderungen nach einem Vollverschleierungsverbot in der Öffentlichkeit und dem Verbot des Kopftuchs für Mädchen wird von allen Parteien außer der CDU/CSU kritisch gesehen bzw. abgelehnt.

Wahlprüfsteine-Check von TERRE DES FEMMES zur Bundestagswahl 2017

Für ein gewaltfreies Leben für Mädchen und Frauen



Häusliche und sexualisierte Gewalt

	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP
Überarbeitung des Gewaltschutzgesetzes	- Prüfung, ob der Strafraum angehoben wird	- Nein	- Ja	- Vage: muss mit den Rechten der Täter abgewogen werden	- Nein: kein Handlungsbedarf
Regelmäßige Schulungen von betroffenen Berufsgruppen	- evt. ja, wird ins Auge gefasst	- Ja: FamilienrichterInnen sollten über Berufserfahrung verfügen und Qualitätsanforderungen sollten gesetzlich verankert werden	- Ja	- Prüfung, wo Schulungen bundesrechtlich angeordnet werden können	- Nein: Regelung für Fortbildungen ist Ländersache - Sprachmittlung muss im Einzelfall vor Ort entschieden werden
Aussetzung des Umgangsrechts bei Häuslicher Gewalt	- k.A. - aber bessere Abstimmungen von Anordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz und umgangsrechtlichen Entscheidungen	- Nein - Aber gesetzliche Verankerung von Qualitätsanforderungen an FamilienrichterInnen	- Jein: Kindeswohl muss oberste Priorität haben - Stärkere Sensibilisierung von Gerichten und Ämtern durch kontinuierliche Fortbildungen	- Jein: Kindeswohl muss oberste Priorität haben - Berufsgruppen müssen Fort- und Weiterbildungen erhalten	- Ja, sollte möglich sein. Rechtliche Möglichkeiten müssen geprüft werden - Polizei und Justiz müssen gut ausgestattet sein
Ausbau der anonymen Spurensicherung (ASS)	- Vage: Ausbau ist Ländersache, aber für die Versorgung mit Opferschutzambulanzen	- Vage: Ausbau ist Ländersache, aber Opferschutzambulanzen sind sehr wichtig	- Ja: Ausbau ist Ländersache, aber die Gesundheitsministerien sollten für einen flächendeckenden Ausbau sorgen	- Ja: für eine qualifizierte Notfallversorgung einschl. ASS und der Pille danach	- Ja: für den Ausbau dieser Möglichkeit durch Förderung von Projekten
Schutz vor sexualisierter Gewalt verbessern	- keine neuen Vorhaben	- keine neuen Vorhaben	- Ja: Bundesweiter Aktionsplan gegen Sexismus - Bessere Finanzierung des Hilfesystems	- keine neuen Vorhaben	- tendenziell ja, aber keine konkreten Vorschläge

Wahlprüfsteine-Check von TERRE DES FEMMES zur Bundestagswahl 2017

Für ein gewaltfreies Leben für Mädchen und Frauen



Aufklärungsmaßnahmen zu sexueller Selbstbestimmung	- Ja: für Aufklärungsmaßnahmen zum Recht auf sex. Selbstbestimmung	- Vage: andere Vorschläge: - Kampf gegen Sexismus in der Werbung, evt. mit gesetzl. Maßnahmen - Erweiterung des GG um „sex. Identität“ - Stärkung von LSBTIQ-Initiativen - Reform des TranssexG	- Ja: rechtliche Verankerung und Bewusstseinsbildung	- Vage: für altersgerechten Sexualkundeunterricht	- Ja, aber keine konkreten Vorschläge
--	--	---	--	---	---------------------------------------

Kommentar von TDF: Bei den Forderungen zu Häuslicher und sexualisierter Gewalt sind es die Linken, die am meisten unseren Forderungen nachkommen und neue Vorschläge anbieten. Die Grünen und die CDU bleiben in ihren Aussagen etwas vage, stimmen unseren Forderungen aber tendenziell zu. Sowohl für die Linken als auch für die Grünen steht beim Umgangsrecht das Kindeswohl im Vordergrund, aber nur die FDP positioniert sich für unsere Forderung nach einer Aussetzung des Umgangsrechts bei Häuslicher Gewalt. Einigkeit besteht parteiübergreifend bei der Forderung nach dem Ausbau der anonymen Spurensicherung, es wird hier allerdings auf die Zuständigkeit der Länder verwiesen. Beim Schutz vor sexueller Gewalt haben nur die Linken konkrete Vorschläge, alle anderen Parteien bieten keine neuen Vorhaben an. Die Parteien unterstützen die Forderung nach Aufklärungsmaßnahmen zu sexueller Selbstbestimmung, wobei die SPD lediglich andere Vorhaben konkretisiert und die Grünen lediglich für einen altersgerechten Sexualkundeunterricht plädieren.

Wahlprüfsteine-Check von TERRE DES FEMMES zur Bundestagswahl 2017

Für ein gewaltfreies Leben für Mädchen und Frauen



Weibliche Genitalverstümmelung (FGM)

	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP
Bundesweiter Aktionsplan gegen FGM	- k.A. zu Aktionsplan	- k.A. zu Aktionsplan	- k.A. zu Aktionsplan, aber Forderung nach einer zentralen Koordinierungsstelle zu FGM	- k.A. zu Aktionsplan, aber für bessere mediz. Versorgung, Präventions- und Infoangebote, Schulung von Personal	- k.A. zu Aktionsplan
a) Aufklärung neuankommender Menschen zur Rechtslage und zu Hilfsangeboten	- Nein	- Ja	- Ja: unabhängige Beratung vor der Erstanhörung - mehrsprachige Infos für Asylsuchende	- Integrationsberatung für Schutzsuchende	- evt. mehrsprachige Infoblätter - Aufnahme des Themas in Integrationskursen
b) Aufklärung asylsuchender Frauen zu Rechten im Asylverfahren	- Nein	- bessere Anerkennung von geschlechtsspezifischen Asylgründen	- Schulung von Berufsgruppen (u.a. Polizei, Ausländerbehörde) zu geschlechtsspezif. Asyl	- bessere Anerkennung von geschlechtsspezif. Asylgründen - Verpflichtende Rechtsberatung am Anfang jedes Asylverfahrens	- zu vage, keine spez. Vorhaben zu geschlechtsspezifischen Asyl

Kommentar von TDF: Den Forderungen zu weiblicher Genitalverstümmelung entsprechen die Linke und die Grünen am meisten. Alle Parteien stimmen der Forderung zu, neuankommende Menschen zur Rechtslage zu FGM und zu Hilfs- und Beratungsangeboten aufzuklären, wobei SPD, die Linke und die Grünen sich darüber hinaus für eine unabhängige Beratung vor der Erstanhörung und mehrsprachig verfügbare Informationen einsetzen. SPD, Linke und die Grünen sprechen sich für die Aufklärung asylsuchender Frauen zu ihren speziellen Rechten im Asylverfahren und eine bessere Anerkennung von geschlechtsspezifischen Asylgründen aus. Keine Partei unterstützt einen bundesweiten Aktionsplan zur Überwindung von FGM, wobei die Linke eine zentrale Koordinierungsstelle der Initiativen gegen FGM fordert und die Grünen sich u. a. für die kultursensible Schulung von Fachpersonal sowie Präventions- und Informationsangebote einsetzen.

Wahlprüfsteine-Check von TERRE DES FEMMES zur Bundestagswahl 2017

Für ein gewaltfreies Leben für Mädchen und Frauen



Frauenhandel und Prostitution

	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP
Einrichtung eines Opferentschädigungsfonds für Betroffene von Menschenhandel	- k.A.	- muss geprüft werden: Fonds darf nicht die Aufgaben eines sozialen Entschädigungsrechts übernehmen	- vage: für Entschädigung, aber kein Fonds	- engagiert für die Einrichtung des Fonds - für ein Zeugnisverweigerungsrecht für Mitarbeitende von Beratungsstellen	- muss geprüft werden
Gesichertes Aufenthaltsrecht für Betroffene von Menschenhandel unabhängig von ZeugInnenaussage	- Nein: Aufenthaltsrecht nur bei Mitwirkungsbereitschaft	- Nein: bestehende Regelung bei Mitwirkung im Strafverfahren und Asyl sind ausreichend	- Ja	- Ja: engagiert für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht unabhängig von einer Aussage	- Nein: bestehende Regelung bei Mitwirkung im Strafverfahren und Asyl sind ausreichend
Maßnahmen gegen den negativen Effekt der Prostitution auf die Gleichstellung der Geschlechter	- keine weiteren Maßnahmen als das Prostituiertenschutzgesetz vorgesehen	- Regulierung der Prostitution statt Sexkaufverbot	- sehen Zusammenhang zwischen gesellschaftl. Machtverhältnissen und Prostitution	- Nein: sehen keinen Zusammenhang zw. Prostitution und Gleichstellung der Geschlechter	- Nein: stattdessen berufliche Anerkennung von „Sexarbeit“
Ausstiegsprogramme für Prostituierte	- k.A.	- keine Ausstiegsprogramme geplant	- k.A.	- k.A.	- keine Ausstiegsprogramme notwendig
Dunkelfeldstudie zu Prostitution	- Nein: Evaluation vom Prostituiertenschutzgesetz ist ausreichend	- Nein, Evaluation vom Prostituiertenschutzgesetz ist ausreichend	- Unterstützung von wissenschaftl. Forschung	- Ja	- Ja, sollte geprüft werden

Kommentar von TDF: Die Grünen und Linken setzen sich stark für die Belange von Betroffenen von Frauenhandel ein. Im Bereich Opferentschädigung sind die Aussagen der Linken jedoch etwas vage. Insgesamt begnügen sich SPD und CDU/CSU mit den momentanen gesetzlichen Regelungen im Bereich Frauenhandel und Prostitution, obwohl diese unzulänglich sind. SPD und FDP befürworten die Reform des Entschädigungsrechts ohne die Einrichtung eines Fonds explizit zu unterstützen.

Wahlprüfsteine-Check von TERRE DES FEMMES zur Bundestagswahl 2017

Für ein gewaltfreies Leben für Mädchen und Frauen



Von allen Parteien ist die Linke die Einzige, die den Zusammenhang zwischen Prostitution und der Gleichstellung der Geschlechter anerkennt. Jedoch unterstützt keine Partei explizit die Einführung des Sexkaufverbots in Deutschland. Niemand plant eine Finanzierung von Ausstiegsprogrammen von Prostituierten. Eine Dunkelfeldstudie zu Prostitution wird von den Grünen und FDP unterstützt, die Linken unterstützen etwas vage „wissenschaftliche Forschung“. Für SPD und CDU/CSU reicht anscheinend die Evaluation des Gesetzes über das Hellfeld der Prostitution.

Gewalt im Namen der Ehre

	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP
Erweiterung des Straftatbestands „Zwangsheirat“ um „eheähnliche Verbindungen“	- k.A.	- Nein: Strafrecht zu Nötigung ist ausreichend	- Nein: Strafrecht zu Nötigung ist ausreichend	- Ja, wenn sich Lücken in der Praxis ergeben	- eher nein, Strafrecht zu Nötigung ist ausreichend
a) Verbot der religiösen Voraustragung für Volljährige	- Nein: nicht Aufgabe des Staates dies zu kontrollieren	- k.A.	- Ja	- Nein: ein Verbot solcher Zeremonien wäre aus Freiheitsgesichtspunkten problematisch	- evt., wollen sie prüfen
b) Strafrechtliche Sanktionen bei Zuwiderhandlung			- k.A.		

Kommentar von TDF: Unsere Forderungen zum Thema Gewalt im Namen der Ehre werden teilweise von den Grünen und den Linken unterstützt, die anderen Parteien sehen keinen gesetzlichen Änderungsbedarf oder wollen den Bedarf prüfen. Bis auf die Grünen sind die anderen Parteien der Auffassung, dass die strafrechtlichen Bestimmungen ausreichend sind. Dafür weist die CDU und FDP darauf hin, dass gesetzliche Vorgaben alleine nicht ausreichen, sondern mehr Prävention erfolgen muss. Die Linke bekräftigt die Notwendigkeit eines verbesserten Aufenthaltsrechtes für Betroffene. Während die SPD, CDU/CSU und FDP sich einig sind, dass ein Verbot der religiösen Voraustragung für *Minderjährige* notwendig ist, wird ein Verbot für Erwachsene abgelehnt bzw. soll überprüft werden. Die Grünen halten ein Verbot aus „Freiheitsgesichtspunkten“ für problematisch. Nur die Linke ist für ein generelles Verbot der religiösen Voraustragungen.

Wahlprüfsteine-Check von TERRE DES FEMMES zur Bundestagswahl 2017

Für ein gewaltfreies Leben für Mädchen und Frauen



Flucht und Frauenrechte

	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP
Gewaltschutzkonzept für Flüchtlingsunterkünfte	- Nein: bestehende Schutzkonzepte reichen aus	- Ja: Initiativen sollen fortgeführt werden - bessere Ausstattung vom UNHCR	- Ja: bundeseinheitliches Gewaltschutzsystem für besonders Schutzbedürftige	- Ja: verbindliches Gewaltschutzkonzept - Unterbringung in privatem Wohnraum	- Gewaltschutzkonzepte in Sammelunterkünften - dezentrale Unterbringung von Geflüchteten, prioritär von bes. Schutzbedürftigen
Familiennachzug für subsidiär Geflüchtete	- Nein: keine Beendigung des ausgesetzten Familiennachzugs	- für die Beendigung der temporären Aussetzung in März 2018	- für das sofortige Recht auf Familiennachzug von schutzbedürftigen Flüchtlingen - Überprüfung, ob das Recht ab 03/18 auch umgesetzt wird - schnellere Visumsverfahren	- für das sofortige Recht auf Familiennachzug - Beschleunigung und Entbürokratisierung des Visumsverfahren	- Vage: sehen die Aussetzung des Familiennachzugs skeptisch, betonen integrativen Aspekt des Nachzugs
Einführung der EU-Verfahrensrichtlinie für frühestmögliche Identifizierung von besonders Schutzbedürftigen	- Nein: die bisherige Verfahrensrichtlinie soll ersetzt werden. Im neuen Vorschlag ist die Prüfung besonderer Bedürfnisse vorgesehen	- Nein: wollen bisherige Verfahrensrichtlinie nicht umsetzen, sondern fördern neue Richtlinie	- Ja: „Screening“-System zur Feststellung besonderer Bedarfe von Asylsuchenden	- Ja: Prüfung der Schutzbedürftigkeit bei allen Asylsuchenden	- Vage: keine Umsetzung der bisherigen Verfahrensrichtlinie, aber: - bes. Schutzbedürftige müssen frühzeitig identifiziert werden - Prüfung, ob Defizite bei Behörden ausgeräumt werden müssen

Wahlprüfsteine-Check von TERRE DES FEMMES zur Bundestagswahl 2017

Für ein gewaltfreies Leben für Mädchen und Frauen



Maßnahmen für Frauen, die vor geschlechtsspezifischer Verfolgung geflohen sind	- k.A.	<ul style="list-style-type: none"> - bessere Unterbringung von bes. Schutzbedürftigen - bessere Anerkennung geschlechtsspezifischer Asylgründe - 3. Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auch für Geflüchtete 	<ul style="list-style-type: none"> - bessere Schulungen des Personals im BAMF - Entlastung des Personals im BAMF - dezentrale Unterbringung Geflüchteter - Schutzkonzepte in Gemeinschaftsunterkünften und geschultes Personal 	<ul style="list-style-type: none"> - bessere Vorbereitung und Rechtsberatung von geschlechtsspezifisch verfolgten Frauen im Asylverfahren - verbesserte Ausbildung und Schulungen des Personals und der DolmetscherInnen im BAMF 	<ul style="list-style-type: none"> - Sensibilisierung der zuständigen Behörden - Informationen für Frauen bei der Erstaufnahme - Einrichtung von Schutz- und Rückzugsräumen - Regelungen zur Umverteilung bei Gewaltbetroffenheit
Sensibilisierung von AnhörerInnen und SprachmittlerInnen im Asylverfahren	- kein Handlungsbedarf	- Vage: stetige Qualifizierung der Mitarbeitenden im BAMF	<ul style="list-style-type: none"> - Ja, s.o.: Schulungsmaßnahmen im BAMF müssen zur Grundausbildung gehören - Schulungsmaßnahmen zusammen mit NGOs etc. entwickeln 	- Ja, s.o.	<ul style="list-style-type: none"> - Prüfung, ob Personal im BAMF ausreichend geschult wird - Präzisierung der Auswahlkriterien für Dolmetschende und Schulungen bei Bedarf
Förderung der gesellschaftl. Teilhabe von geflüchteten Frauen und Mädchen	- Nein: sehen Bedeutung des Spracherwerbs, planen aber keine weiteren Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - berufliche Integration durch Frauenförderung und Second-Chance-Kurse - verpflichtende Sprachkurse mit Maßnahmen der Berufsorientierung (und Kinderbetreuung) - Einstiegsdarlehen für Anerkennungsverfahren - Öffnung der Ausbildungsförderung und Unterstützung der Betriebe 	<ul style="list-style-type: none"> - Integrations- und Sprachkurse für alle Geflüchteten inkl. Kinderbetreuung - Frauenrechte etc. müssen Teil der Integrationskurse sein - Empowerment-Kurse speziell für Migrantinnen - aktive Antidiskriminierungspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> - niedrigschwellige Angebote für Frauen bei Sprach- und Integrationskursen und bei den Arbeitsagenturen inkl. Kinderbetreuung 	<ul style="list-style-type: none"> - Einrichtung von Beratungsstellen zum Bildungssystem in allen Betreuungseinrichtungen für alle Geflüchteten - keine Angaben zu spezifischen Angeboten für Frauen

Wahlprüfsteine-Check von TERRE DES FEMMES zur Bundestagswahl 2017

Für ein gewaltfreies Leben für Mädchen und Frauen



Kommentar von TDF: Die Aussagen der CDU sind durchweg enttäuschend: Maßnahmen für geflüchtete Frauen seien ausreichend vorhanden, während die Aussetzung des Familiennachzugs weiterhin als adäquates Mittel genannt wird, damit "die Zahl der Flüchtlinge dauerhaft niedrig bleibt". Wir freuen uns über die klare Positionierung der SPD zum Familiennachzug. Fast durchweg enttäuschend wiederum sind die Antworten der Parteien (bis auf Linke und Grüne) zur Umsetzung der EU-Verfahrensrichtlinie für besonders Schutzbedürftige: seit 2013 steht die Umsetzung des geltenden EU-Rechts in nationales Recht aus, verwiesen wird jedoch nur auf die kommende Neuregelung des europäischen Asylsystems. Positiv sind die differenzierten Maßnahmen, die SPD, Grüne, Linke und FDP vorschlagen, um Frauen zu stärken, die von geschlechtsspezifischer Verfolgung bedroht sind. Linke, Grüne und FDP haben die notwendigen Verbesserungen der Asylverfahren am stärksten im Blick. Insbesondere SPD und Linke machen wichtige Vorschläge zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe geflüchteter Frauen und Mädchen.

Internationale Zusammenarbeit

	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP
In bilateralen Verhandlungen der deutschen IZ Menschenrechtsstandards einfordern und insbesondere Frauenrechtsverletzungen anprangern	- nur FGM soll in bilateralen Verhandlungen problematisiert werden	- Ja: setzen sich für die Einhaltung von Menschenrechtsstandards in bilateralen Verhandlungen ein	- Keine Bezugnahme auf bilaterale Verhandlungen, aber: Setzen sich in allen Ländern und auf allen Ebenen politisch und in der Zivilgesellschaft für die Umsetzung der Menschenrechte ein	- Ja: Menschenrechtsverletzungen müssen in bilateralen Verhandlungen klar und kritisch angesprochen werden	- Keine Bezugnahme auf bilaterale Verhandlungen, aber für die Einhaltung und Stärkung der Menschenrechte weltweit
Aufstockung der finanziellen Mittel für Geschlechtergerechtigkeit und transparente Ausweisung	- Ja: wollen Mittel aufstocken und Transparenz erhöhen	- Sehen große Probleme in der def. Abgrenzung von geschlechterbez. Aspekten in der IZ - statt Geld sollten Fortschritte bei der Stärkung von Frauen- und Mädchenrechten und bei der sozialen, wirtschaftl., gesundheitl. Lage gemessen werden	- Ja: transparente Ausweisung von BMZ-Mitteln für Geschlechtergerechtigkeit und deren deutliche Aufstockung der Mittel	- Ja: umfassende Erhöhungen für die gezielte Förderung von Frauen und Mädchen - Wiedereinführung der Gender-Zielgröße im BMZ - Gender-Budgeting - Effektives Monitoring für Gender-Aktionsplan	- Nein: Qualität vor Quantität in der IZ - effizientere Mittelverwendung - Evaluierung und ggf. Anpassung der Mittel für GG2-Maßnahmen in der IZ

Wahlprüfsteine-Check von TERRE DES FEMMES zur Bundestagswahl 2017

Für ein gewaltfreies Leben für Mädchen und Frauen



<p>Konkrete Aktivitäten zur Stärkung von Frauenorganisationen in der IZ</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Ja: BMZ soll Frauenorganisationen am Aufbau eines Rechenschaftslegungsmechanismus und Monitoringsystems für die nationale Umsetzungsstrategie der Agenda 2030 beteiligen - BMZ soll stärker mit Frauenorganisationen zusammenarbeiten - BMZ soll Frauenorganisationen in Kooperationsländern zu fachlichen Themen und zu Führungs- und Managementtätigkeiten stärken 	<p>- Vage: keine konkreten Vorschläge zur Stärkung von Frauen-NGOs in der IZ</p>	<p>- Vage: Kein klares Bekenntnis/keine konkreten Vorschläge zur Stärkung von Frauenorganisationen in der IZ</p>	<p>- Ja: Substantielle Erhöhung der Beiträge für UN Women, UNFPA, UNICEF und der globalen Bildungspartnerschaft</p>	<p>- Ja: Stärkung der Arbeit von Frauen-NGOs in der IZ unerlässlich, um z.B. häusliche und sexualisierte Gewalt in Entwicklungsländern einzudämmen</p>
---	--	--	--	---	--

Kommentar von TDF: Unsere Forderungen zur Internationalen Zusammenarbeit fanden am meisten Zuspruch in den Aussagen der Grünen, die klare und konkrete Vorschläge zur Stärkung der Frauenrechte in der internationalen Zusammenarbeit machen. Das erklärte Engagement der CDU/CSU hat uns zwar positiv überrascht. Jedoch bleibt aufgrund der Erfahrungen mit der Politik des CDU/CSU-geführten BMZ der letzten Jahre abzuwarten, ob den Lippenbekenntnissen auch Taten folgen. In ihren Antworten hat sich die Union eine systematische Stärkung frauenrechtlicher Arbeit in der internationalen Zusammenarbeit jedenfalls nicht auf die eigenen Fahnen, sondern allenfalls auf die eines unionsgeführten BMZ geschrieben. Die Linke und die FDP blieben eher vage. Zurückhaltend waren sie vor allem bezüglich der bilateralen Verhandlungen der deutschen IZ. Die Antworten der SPD waren für uns mehr als enttäuschend, gingen sie doch kaum auf unsere konkreten Fragestellungen ein und wichen einem klaren Bekenntnis zur Stärkung von Geschlechtergerechtigkeit in der internationalen Zusammenarbeit aus.